

Euroabwicklung: Der finale Schritt in den Wirtschaftskrieg

Von **Stephan Schulmeister**

In seinem Buch „Gekaufte Zeit“ wie auch in seinen Artikeln in den „Blättern“ plädiert Wolfgang Streeck für eine geordnete „Abwicklung“ der Europäischen Währungsunion. Diese ist in seinen Augen ein „rabiates Konvergenzprogramm“ mit dem Ziel einer „Zwangsvereinheitlichung der Wirtschafts- und Lebensweisen der europäischen Völker“. Der „Vormarsch des neoliberal-supranationalen Leviathan“ könnte durch eine „Euroabwicklung“ zumindest verlangsamt werden.

Streeck unterläuft dabei jedoch ein entscheidender Fehler: Er setzt die Europäische Währungsunion „an sich“ gleich mit den neoliberalen Regeln ihrer Ausgestaltung und deren Umsetzung. Die von ihm zu Recht kritisierten, desaströsen Folgen der Spar- und Austeritätspolitik sind für ihn eine notwendige Folge des Euro-Projekts selbst. Tatsächlich jedoch war und ist das Euro-Projekt an sich das bedeutendste *anti-neoliberale* Projekt der letzten 40 Jahre – nämlich der Versuch einer endgültigen Überwindung von Devisenspekulation und Wechselkursinstabilität. Allerdings wurde es in Zeiten einer zunehmenden Dominanz der neoliberal-finanzkapitalistischen Weltanschauung konzipiert. Die daher in der EU verankerte neoliberale Regelpolitik – von den Maastricht-Kriterien bis zum Fiskalpakt – hat wesentlich zur Vertiefung der Krise in Europa seit den 1990er Jahren wie zu ihrer verheerenden Intensivierung in den letzten Jahren beigetragen.

Statt jedoch, wie es Streeck vorschlägt, das Kind mit dem Bade auszuschütten, müssen die Regeln der Währungsunion geändert werden. Dies allerdings wird rascher geschehen, als Streeck zu glauben scheint. Denn die neoliberal-finanzkapitalistische „Spielordnung“ ist kein immer mächtiger werdender „Leviathan“, wie Streeck schreibt, sondern ein System, das sich, wie schon so oft in der Wirtschaftsgeschichte, selbst zerstört.

Dieser Prozess der Selbstzerstörung ist gegenwärtig in vollem Gang: Horrende Spekulation ließ die Preise von Aktien, Immobilien und Rohstoffen bis 2007 boomen und baute so das Potential für die gleichzeitige Entwertung dieser Vermögen auf. Der nachfolgende Wirtschaftseinbruch konnte nur durch eine massive Ausweitung der Staatsverschuldung gestoppt werden. Deren Bekämpfung durch eine Sparpolitik führte Südeuropa in die Depression und den Rest Europas in eine neuerliche Rezession. Gleichzeitig boomen die Aktienkurse erneut, befeuert durch die niedrigen Zinsen in den „Nord-

staaten“. Wenn aber die Aktienkurse – unweigerlich – wieder fallen werden, treten wir in die finale Phase der Selbstzerstörung der finanzkapitalistischen Spielanordnung ein – die europäische, wenn nicht globale Depression.

Ökonomische Depressionen sind in der Wirtschaftsgeschichte nichts ungewöhnliches. Man denke nur an den Börsenkrach von 1873 oder die Depression der 1930er Jahre, die noch heute als *die* Weltwirtschaftskrise schlechthin gilt. Doch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre in Europa droht in eine ähnliche Krise zu führen. Denn sie weist nahezu alle Merkmale vergangener Depressionen auf, von der gleichzeitigen Entwertung von Aktien, Rohstoffen und Immobilien 2008 über die Bekämpfung der krisenbedingt steigenden Staatsverschuldung durch eine sture Sparpolitik, ihre rechtliche Verankerung im Fiskalpakt, die Kürzungen von Löhnen und Arbeitslosengeld in den südeuropäischen Ländern, ihre faktische Prolongierung durch den angepeilten Pakt für Wettbewerbsfähigkeit – bis hin zum Schrumpfungsprozess in den Krisenländern entlang einer Abwärtsspirale, der langsam auch die „guten Nordländer“ erfasst. Und schließlich verhalten sich die EU-Eliten ähnlich realitätsblind wie Anfang der 1930er Jahre: Sie versprechen unentwegt den Aufschwung, die Depression bemerken sie nicht.

Wie schon damals erweist sich die Austeritätspolitik als der wichtigste Krisenverstärker. Je härter gespart wurde, umso stärker ist die Staatsverschuldung gestiegen, in der Rangfolge Griechenland, Spanien, Portugal, Großbritannien. Das Wissen um dieses „Sparparadox“ war eigentlich ein Ergebnis des Lernens aus der Weltwirtschaftskrise gewesen, doch nach 30 Jahren Dominanz der neoliberalen Weltanschauung ist dieses Wissen in Vergessenheit geraten.

Marktreligiöse EU, pragmatische USA

In den USA ist dies allerdings nicht im gleichen Ausmaß geschehen: Man verzichtete bisher auf eine harte Sparpolitik (die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld wurde sogar massiv erhöht), weshalb sich die Wirtschaft dort seit 2010 erheblich besser entwickelt als in der EU. In den USA ist man zwar in den Sonntagsreden viel „marktreligiöser“ als in Europa, „unter der Woche“ folgt die US-Politik jedoch schon seit Anfang der 1990er Jahre einem primitiv-keynesianischen Kurs, insbesondere durch eine extrem antizyklische Geld- und Fiskalpolitik. In der EU hat man hingegen vor 20 Jahren die monetaristischen Forderungen nach einer Regelbindung der Politik (bei gleichzeitiger De-Regulierung der Finanzmärkte) übernommen, insbesondere in Gestalt der Maastricht-Kriterien, des Statuts der EZB und des Fiskalpakts.

Mehr als eine Generation von Ökonomen wurde „marktreligiös“ ausgebildet; sie prägt die Position der Forschungsinstitute, der EU-Kommission und der EZB, der öffentlichen Verwaltung und der Medien. Wer sich an einer bestimmten Navigationskarte orientiert, kann jedoch die Karte selbst nicht als Hauptursache einer Krise erkennen. Er wird vielmehr andere Faktoren für die Verschlechterung der Lage verantwortlich machen und *more of the*

same verordnen: Nach dem Fiskalpakt soll nun Merkels „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ Kündigungsschutz und Tarifverträge in der EU eliminieren.

Dass diese Therapien die Krankheit immer mehr verschlimmern, kann mit neoliberaler Navigationskarte nicht wahrgenommen werden. Denn deren Leitlinie lautet: Dort, wo ein Problem in Erscheinung tritt, liegen auch dessen Ursachen. Schuld an der Staatsverschuldung ist der Staat, schuld an der Arbeitslosigkeit sind die Arbeitslosen (weil zu teuer), schuld an der Misere der Länder Südeuropas ist ihr Mangel an Wettbewerbsfähigkeit, schuld an der Eurokrise ist der Euro. Dieses Verharren der Eliten in der etablierten Weltanschauung ist höchst bemerkenswert, schließlich wurden die Fundamentalaussagen der neoliberalen Wirtschaftstheorie durch die Erfahrung der letzten Jahre geradezu desavouiert: Je mehr gespart wurde, desto stärker stieg die Staatsverschuldung, je mehr die Löhne sanken, desto stärker nahm die Arbeitslosigkeit zu. Dazu kommt die fast groteske Entwicklung der Aktienkurse: Ihr Boom beschleunigt sich gleichzeitig mit der Talfahrt der Realwirtschaft.

Finanzkapitalistische Spielanordnungen wie jene der letzten 30 Jahre haben sich in der Wirtschaftsgeschichte immer selbst zerstört: Es werden immer mehr Finanzvermögen geschaffen, die keine reale Deckung haben. Dies ist auch derzeit der Fall. Denn die höchste Form dieses „fiktiven Kapitals“ (Karl Marx) ist die Staatsschuld. Mit der sich seit 2008 vertiefenden Krise hat daher die Selbstzerstörung des Finanzkapitalismus voll eingesetzt. Tatsächlich hat sich von den für eine Depression typischen Merkmalen bisher nur noch eines nicht realisiert: ein Wirtschaftskrieg zwischen den EU-Ländern.

Ein Kartenhaus bricht zusammen

Ein solcher Krieg wird sich aber unweigerlich einstellen, wenn es zu einer Auflösung der Währungsunion kommt. Der Grund liegt auf der Hand: Im Zuge des finanzalchemistischen Booms der vergangenen Jahrzehnte und gefördert durch die wachsenden Leistungsbilanzungleichgewichte wurde ein gewaltiges Kartenhaus aufgebaut: Die in Euro notierenden Finanzforderungen und -verbindlichkeiten zwischen den Euroländern. Deutschland und einige andere „Nordstaaten“ sind Netto-Gläubiger, die „Südstaaten“ einschließlich Frankreich sind Netto-Schuldner. Im Fall einer Rückabwicklung des Euro in nationale Währungen ergibt sich der unlösbare Konflikt: In welche Währung werden die Forderungen/Verbindlichkeiten transformiert? Schuldner und Gläubiger werden jeweils auf ihrer nationalen Währung bestehen.

In dieser verqueren Lage verbleiben zwei Möglichkeiten. Entweder es kommt durch Staatsbankrotte samt Kettenreaktionen, die kein Rettungsschirm aufhalten kann, zu einer generellen Finanzschmelze. Solche Finanzschmelzen stellen durchaus normale Komponenten einer Depression dar. „Moderne“ Ökonomen wissen das aber nicht, denn die Gesetze der neoliberalen Theorie gelten ja jenseits von Raum und Zeit; historisches Wissen ist daher unnötiger Ballast.

Oder die Schuldnerländer werten ihre Währungen massiv ab und damit auch ihre Auslandsschulden (dass diese in die Währungen der Gläubigerländer transformiert werden, kann ausgeschlossen werden).¹ Diese Abwertungen der „Südstaaten“ werden zwar die Forderungen der „Nordstaaten“ entwerten, sie werden aber keinesfalls die Lage der Realwirtschaft in den Krisenländern verbessern. Derartige Währungsabwertungen haben die „Südstaaten“ schon zwischen 1973 und 1999 mit größtem Misserfolg probiert. Wenn nämlich *viele* Länder gleichzeitig ihre Lage durch Abwertungen zu verbessern suchen, führen Kettenreaktionen zu einer Schrumpfung des Gesamthandels.² In einer Depression führen Abwertungswettläufe daher zu einer massiven Vertiefung der Krise, wie die 1930er Jahre eindrucksvoll zeigten.

Einer muss weichen: Euro oder Finanzkapitalismus

Ein Zusammenbruch der Währungsunion würde Europa daher unweigerlich in eine ökonomische, politische und soziale Katastrophe führen. Der Erhalt des Euro ist deshalb eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für eine Überwindung der Krise. Dies zeigt sich auch an Folgendem: Weder die Währungsunion an sich, noch die Aufnahme weniger entwickelter Länder wie Griechenland oder Portugal haben Europa in die Krise geführt. Die Hauptursache der Krise besteht vielmehr darin, dass die Gemeinschaftswährung unter finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen und (daher) nach neoliberalen Regeln eingeführt wurde. Es gibt eben nichts Richtiges im Falschen. Das belegt die europäische Währungsgeschichte nach 1945.

In den 1950er und 1960er Jahren haben die Länder Südeuropas ihre Währungen gerade *nicht* abgewertet.³ Gleichzeitig haben sie – bei stabilem und kräftigem Wirtschaftswachstum – stetig gegenüber den höher entwickelten Ländern *aufgeholt*. Hier bereits zeigte sich, dass feste Wechselkurse eine wesentliche Komponente für funktionierende realkapitalistische Rahmenbedingungen sind.

Nach der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse (1971 bis 1973) kam dieser Konvergenzprozess der europäischen Volkswirtschaften zum Stehen. Zwar wurden insbesondere die Währungen der Länder Südeuropas immer wieder massiv abgewertet, doch hat dies lediglich deren Inflation angeheizt, die Realwirtschaft profitierte davon nicht.

Zwischen 1999 und 2008, also mit Einführung des Euro, hat sich der Konvergenzprozess – bei nunmehr unwiderruflich fixierten Wechselkursen – wieder

1 Zusätzlich werden mit dem Verschwinden der EZB auch die Target 2-Forderungen Deutschlands gegenüber der EZB in Höhe von derzeit 576 Mrd. Euro verschwinden.

2 Vgl. auch Rudolf Hickel, Raus aus dem Euro, zurück ins Chaos, in „Blätter“, 7/2013, S. 35-39 und Elmar Altvater, Der politische Euro, in „Blätter“, 5/2013, S. 71-79.

3 Auch in seiner jüngsten Replik auf Jürgen Habermas wiederholt Wolfgang Streeck die – üblicherweise von neoliberalen Ökonomen vertretene – These, wonach wettbewerbsschwache Länder ihre Lage durch Abwertungen nachhaltig verbessern können. Tatsächlich sind Konvergenz und Prosperität nur unter realkapitalistischen Rahmenbedingungen realisiert worden – und dazu gehören feste Wechselkurse –, wie etwa in der „belle époque“ von 1895 bis 1914 oder zwischen 1950 und 1971. Auch das Wirtschaftswunder Chinas seit 1982 wurde in hohem Maß durch die Stabilisierung seines Wechselkurses gefördert.

beschleunigt.⁴ Erst die Finanzkrise 2008 löste jene Kettenreaktion aus, die in die Eurokrise führte.

Die schwächsten Euroländer hätten nun weiterhin niedrige Zinsen zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Staatsfinanzen benötigt, doch in einer finanzkapitalistischen Spielanordnung versuchen Akteure natürlich, die Notlage anderer auszunutzen – in diesem Fall durch Spekulation auf den Staatsbankrott mit Hilfe von *credit default swaps*. Dies trieb die Zinsen für Staatsanleihen in unfinanzierbare Höhen, zuerst in Griechenland, dann in Irland, Portugal, Spanien und Italien. Hätte die EZB dagegen sofort signalisiert (wie die US-Notenbank in Bezug auf „ihren“ Staat), dass sie keine Spekulation gegen ein Mitglied der Währungsunion duldet und notfalls Staatsanleihen am Sekundärmarkt kaufen würde, wären uns Rettungsschirme, die Troika-Kuren und die nachfolgende Depression in diesen Ländern erspart geblieben. Dass die Ankündigung der EZB im August 2012, im Notfall Staatsanleihen „to an unlimited extent“ zu kaufen, zu einem enormen Rückgang der Zinsen in den südeuropäischen Krisenländern geführt hat, legt den Schluss nahe: Hätte sich die EZB schon im Frühjahr 2010 zu einer solchen Erklärung durchringen können, so hätte sich die Eurokrise wohl vermeiden lassen.

Im neoliberal-finanzkapitalistischen Zeitalter wird jedoch „der Markt“ zum Richter über die Politik erhoben. Sein Spruch lautet: Nur durch hohe Zinsen können die schuldigen Schuldner diszipliniert werden.

Der Euro: Das Richtige im Falschen

Was folgt aus alledem? Inhaltlich war und ist die Währungsunion „an sich“ ein *anti-neoliberales* Projekt (durch „Zusperren“ des freien Devisenmarkts), ihre Regeln sind hingegen „neoliberal pur“, von den Maastricht-Kriterien und dem Fiskalpakt bis zum EZB-Statut mit seinem einseitigen Fokus auf die Geldwertstabilität. Nicht das Europrojekt als solches hat die große Krise in Europa verursacht, sondern die finanzkapitalistischen Anreizbedingungen, legitimiert durch die neoliberale Theorie. Kurzum: Der Euro als gemeinsame Währung war und ist das Richtige im Falschen, sprich: in der neoliberalen Spielanordnung.

Dass Neoliberale dies nicht wahrhaben wollen und daher eine Auflösung der Währungsunion fordern, verwundert nicht. Verstörend ist hingegen, dass inzwischen auch „anti-neoliberale“ Politiker und Sozialwissenschaftler wie Oskar Lafontaine, Heiner Flassbeck, Costas Lapavistas oder Wolfgang Streeck die Option einer Euroabwicklung befürworten, sei es, um die Demokratie zu bewahren, was nur im nationalstaatlichen Kontext möglich sei (Streeck), sei

4 Allerdings war das (hohe) Wachstum in Südeuropa ab 1999 konsumgetrieben, das schwache Wachstum der „Nordländer“ hingegen exportgetrieben. Daran war aber nicht der Euro *an sich* schuld, sondern die Fortsetzung einer seit Jahrzehnten praktizierten Lohnpolitik: Die „Südländer“ hatten die Löhne stärker als die „Nordländer“ erhöht – in Erwartung weiterer Abwertungen ihrer Weichwährungen bzw. Aufwertung der Hartwährungen. Dies war aber nach 1999 nicht mehr möglich, hätte aber durch Änderungen in der Lohnpolitik des Nordens und einzelner „Südländer“ schrittweise korrigiert werden können.

es, um noch größeren Schaden durch eine Fortsetzung des bisherigenurses der Wirtschaftspolitik abzuwenden (Flassbeck und Lafontaine).

Tatsächlich aber wären die ökonomischen, sozialen und politischen Kosten einer Auflösung der Währungsunion so gewaltig, dass dieser Weg unter keinen Umständen eine Option darstellt. Eine Auflösung der Währungsunion würde in der gegenwärtigen Situation nationalistische Feindseligkeiten in Europa schlagartig intensivieren und in einen Wirtschaftskrieg münden.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Nach 30 Jahren Finanzalchemie beträgt die Summe der Finanzforderungen und -verbindlichkeiten allein der Banken das drei- bis sechsfache des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Eurolandes. Dazu kommen die Anleihen, welche von Hedgefonds, Pensionsfonds, Unternehmen und Privaten direkt gehalten werden. Der überwältigende Teil dieses gigantischen Kartenhauses notiert in Euro, ein Großteil davon besteht aus Forderungen/Verbindlichkeiten zwischen Euroländern.

Wenn die Währungsunion aufgelöst wird, müsste jeder einzelne Finanztitel vom Euro auf eine der neuen/alten nationalen Währungen „umgewertet“ werden, und zwar einvernehmlich, auf dass das Kartenhaus nicht zusammenbricht. Das aber kann gar nicht gelingen, das Problem ist viel zu komplex und die Interessenlage zu unterschiedlich.

Ein Exempel: Deutschland versus Frankreich

Betrachten wir dafür lediglich einen Finanztitel (nämlich Staatsanleihen) und lediglich zwei Länder, Deutschland als Netto-Gläubiger und Frankreich als Netto-Schuldner. Nehmen wir an, der neue Franc würde gegenüber dem alten Euro um 20 Prozent abwerten (1 Franc = 0,8 Euro), die DM aber um 20 Prozent aufwerten (1 DM = 1,2 Euro). Im bilateralen Verhältnis würde demnach die DM (= 1,2 Euro) gegenüber dem Franc (= 0,8 Euro) um 50 Prozent aufwerten (1 DM = 1,5 Franc) bzw. der Franc um 33 Prozent abwerten (1 Franc = 0,67 DM).

Die Umwertung einer französischen Staatsanleihe auf DM würde die französische Schuldenlast um 50 Prozent erhöhen – für Frankreich inakzeptabel. Eine Umwertung in Franc würde dagegen für deutsche Besitzer der Anleihe einen Wertverlust (in DM) von 33 Prozent bringen – für Deutschland inakzeptabel. Umgekehrt würde eine französische Bank, welche eine deutsche Staatsanleihe besitzt, diese in DM umgewertet wissen wollen; der deutsche Staat wäre wiederum hoch erfreut, wenn seine Schulden in die (abwertenden) Währungen der Länder umgewertet würden, die seine Anleihen halten.

Orientieren wir uns (weiterhin) am guten Satz des alten Hegel „Die Wahrheit ist konkret“ und bedenken wir, dass es bei Abwicklung einer Gemeinschaftswährung für (demnächst) 18 Mitglieder 153 bilaterale Währungsrelationen gibt, und dass überdies Lösungen auch für alle Bankeinlagen, Kredite, Unternehmensanleihen und Derivate in 153 bilateralen Länderbeziehungen gefunden werden müssen, dann lautet der schlichte Schluss: Eine geordnete Abwicklung des Euro ist nicht möglich. Wie in der Natur so gibt es auch in Wirtschaft und Gesellschaft (nahezu) irreversible Prozesse: Man

kann 18 Flüssigkeiten in einen Krug gießen, rausbekommen kann man sie nicht mehr. Soll heißen: Natürlich kann man wieder nationale Währungen in Europa einführen, aber nur um den Preis einer Katastrophe. Zu Recht erwartet der große US-amerikanische Finanzhistoriker Barry Eichengreen, dass die Auflösung der Währungsunion „die Mutter aller Finanzkrisen“ verursachen wird.

Der Ausbruch der Wut

Um aber zu verstehen, welche „Wutenergien“ dann freigesetzt würden, warum diese unweigerlich in einen Wirtschaftskrieg münden und warum der größte Verlierer Deutschland heißen würde, muss man sich die konkrete Lage in Europa anschauen – nach vier Jahren „Krisenpolitik“.

In den Krisenländern hat die von der EU – und damit zumindest indirekt von Deutschland – eingeforderte Sparpolitik ein ökonomisches und soziales Desaster angerichtet und eine ohnmächtige Wut bei einer wachsenden Zahl von Bürgern aufgestaut. Voll entladen kann diese sich noch nicht, weil man ja in der Währungsunion verbleiben möchte und damit vom Wohlwollen Deutschlands abhängig ist. Das würde sich schlagartig ändern, wenn die Währungsunion aufgelöst wird und sich damit alle Anstrengungen als vergeblich entpuppen. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo sich die Macht vom Gläubiger zum Schuldner verschiebt.

Denn wie in der Dialektik von Herr und Knecht gilt: Der Gläubiger ist nur so stark, wie der Schuldner schwach ist. Wenn aber der Schuldner vom Gläubiger nichts mehr braucht, wird er sich seiner entledigen. Im Klartext: Solange der Euro existiert, brauchen die Krisenländer das deutsche Wohlwollen; wenn der Euro fällt, kann man seine eigenen Banken und die Haushalte wieder mit Hilfe der eigenen Notenbank rekaptalisieren (wie in den USA oder Japan). In ihrer verzweifelten Lage wird Ländern wie Griechenland oder Portugal ein Staatsbankrott als das geringere Übel erscheinen. Die dadurch ausgelösten Kettenreaktionen, insbesondere eine Serie von Bankenpleiten und in der Folge weitere Staatsbankrotte, wird man nicht unter Kontrolle bringen können. Hauptverlierer sind dann die Gläubigerländer, insbesondere Deutschland.

Viel größer als die ökonomischen Verluste Deutschlands werden jedoch jene an Ansehen in Europa sein. Denn in einem Wirtschaftskrieg werden sich die Gefühle von heute endgültig mit den Erinnerungen an jenes Gestern vermengen, als Deutschland zuletzt führend in Europa sein wollte. Und wie die Bilder aus Athen immer wieder zeigen: Die Gespenster der Vergangenheit, die man mit der Europäischen Union auf ewig befrieden wollte, können noch immer allzu leicht wiederbelebt werden.

Aus all dem folgt: Sowohl die falsche Navigationskarte als auch die finanzkapitalistische Spielanordnung werden wir nur auf europäischer Ebene erfolgreich eliminieren können, also innerhalb der Institutionen von EU und Währungsunion. In einem ersten Schritt muss es gelingen, die Richtung des

wirtschaftspolitischen Kurses schrittweise zu ändern. Dazu braucht es nicht gleich eine grundlegende Erweiterung der EU zu einer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialunion – das „europäische Haus“ kann nämlich nicht „konstruktivistisch“, also am Reißbrett, renoviert werden. Es wird daher auch in Zukunft in Reaktion auf konkrete Herausforderungen Zubauten bekommen, selbst wenn das Gesamtensemble den „Gesellschaftsarchitekten“ nicht gefällt.

Nach meiner Einschätzung hat sich die KrisenDebatte ohnehin zu sehr auf die Frage konzentriert: „Brauchen wir mehr oder weniger Europa?“. Dieser Fokus blendet die entscheidende Frage aus: „Welches Europa wollen wir?“ Tatsächlich geht es bei der Krisenüberwindung vordringlich um Änderungen im Inhalt der wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte. Notwendig ist eine Politik problemorientierter Einzelschritte, die in eine neue Richtung führen und die Spielanlage in Etappen verändern.

Ein New Deal für Europa

Eine neue theoretische Navigationskarte wird erst durch mehrjährige Aufarbeitung jener Krise entwickelt, in die die alte neoliberale Navigationskarte geführt hatte. Auch die damals völlig neue keynesianisch-realkapitalistische „Prosperitätskarte“ wurde erst 20 Jahre nach Beginn der Weltwirtschaftskrise umgesetzt. Das beste Beispiel für ein solches Navigieren ohne (theoretisch fundierte) Karte ist und bleibt der „New Deal“ von Roosevelt. Allerdings sollte ein neues Programm für Europa möglichst schon vor dem Tiefpunkt einer Depression in Angriff genommen werden (und diesen doch noch verhindern), also jetzt. Dazu brauchen wir anteilnehmendes, eingreifendes Denken sowie den Mut, sich von den herrschenden Experten gerade in den Wirtschaftswissenschaften zu emanzipieren. Denn diese können in schweren Krisen keine Lösungsvorschläge erarbeiten, da ihre Empfehlungen ja gerade in die Krise geführt haben. Es ist daher kein Zufall, dass es in schweren Wirtschaftskrisen stets bedeutende Politikerpersönlichkeiten waren, welche neue Wege beschritten, wie eben Roosevelt oder auch bereits Bismarck mit der Schaffung des Sozialstaats (auch wenn dahinter die Kalkulation stand, der Arbeiterbewegung die revolutionäre Spitze abzubrechen). Leitlinien eines New Deal für Europa wären die Verlagerung des Gewinnstrebens von der Real- zur Finanzwirtschaft, die Konsolidierung der Staatsfinanzen und die Senkung der Arbeitslosigkeit durch ein stabiles und in hohem Maß durch Umweltinvestitionen gestütztes Wirtschaftswachstum (*green growth*). Der europäische und soziale Zusammenhalt muss zusätzlich durch Investitionen in die Infrastruktur (transeuropäisches Schienennetz, Telekommunikation etc.), in das Bildungssystem und in die Sozialsysteme gestärkt werden.⁵

Warum ein grundlegender Kurswechsel der europäischen Politik notwendig ist, wird deutlich, wenn man die gegenwärtige Lage in den Kontext des Entwicklungszyklus der vergangenen 80 Jahre stellt.

5 Vgl. dazu im Detail Stephan Schulmeister, Ein „New Deal“ für Europa, Wien 2010.

Wo stehen wir im „langen Zyklus“?

Als Lehre aus der Weltwirtschaftskrise – als der letzten Talsohle des langen Zyklus – wurden nach 1945 auch in Europa realkapitalistische Anreizbedingungen geschaffen und der Sozialstaat ausgebaut. Die theoretische Basis bildete der – gegenüber dem Original allerdings bereits verstümmelte – Keynesianismus; die politische Basis bildete ein stillschweigendes Bündnis zwischen den Interessen von Realkapital und Arbeit gegen die Interessen des Finanzkapitals (dieses wurde ruhiggestellt).

Diese Spielanordnung ermöglichte in den 1950er und 1960er Jahren anhaltende Prosperität, ging aber an ihrem Erfolg zugrunde: Bei dauernder Vollbeschäftigung forderten die Gewerkschaften Umverteilung und Mitbestimmung, der Zeitgeist drehte nach links und blies die Sozialdemokratie an die Macht. Daraufhin wurden für die Vermögenden (und ihre medialen Lautsprecher) die neoliberalen Losungen von Hayek und Co. wieder attraktiv. Doch aus lauter Erleichterung über den ideologischen Gegenschlag haben die Unternehmer(vertreter) die Bedrohung ihrer Interessen durch deregulierte Finanzmärkte übersehen – mit all jenen Folgen, die wir gegenwärtig in Europa erleiden.

Die theoretische Basis der finanzkapitalistischen Spielanordnung bildet die neoliberale Theorie. Ihre politische Basis besteht im Interessenbündnis zwischen Real- und Finanzkapital gegen die Interessen der Arbeit. Instabile Wechselkurse und Rohstoffpreise sowie über der Wachstumsrate liegende Zinssätze verlagern das Gewinnstreben von Real- zu Finanzinvestitionen, das Wirtschaftswachstum sinkt von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen, der Abbau des Sozialstaats und die Entmachtung der Gewerkschaften erscheinen als Sachzwang.

Spätestens seit zehn Jahren hat „der neoliberale Mohr seine Schuldigkeit getan“, doch die Geister werden die Eliten nicht mehr los. So schlittert die europäische Wirtschaft und Gesellschaft immer tiefer in die Krise. Mit Ausbruch der Finanzkrise setzte die finale Phase im Prozess der Selbstzerstörung des Finanzkapitalismus ein, also die Talsohle im „langen Zyklus“ (wie zwischen 1929 und 1948 bzw. 1873 und 1890).

Leadership von unten

Wie die USA in der Weltwirtschaftskrise braucht Europa heute einen „New Deal“ – und zwar jetzt und nicht erst am Tiefpunkt der Krise. Doch selbst wenn es heute europäische „Roosevelts“ gäbe, könnten sie in einer EU von 28 Staaten kein Leadership entfalten, das über ihren Nationalstaat hinausgeht. Vielleicht müsste – und könnte – stattdessen die Bevölkerung Europas ein machtvolles Signal aussenden? Der fulminante Erfolg der „Europäischen Bürgerinitiative“ (EBI) gegen die Privatisierung von Wasser hat gezeigt: Mit diesem Instrument lässt sich erfolgreich mobilisieren. Eine europaweite Bürgerinitiative unter dem Motto *Stop austerity – promote a social Europe*,

welche in wenigen Punkten die Eckpfeiler des Europäischen Sozialmodells definiert und einfordert, könnte meines Erachtens leicht 30 Millionen Unterstützer finden, oder sogar mehr. Dies würde eine Kursänderung erzwingen, gegen die Regierungen und ihre neoliberalen Propagandisten (beim Wasser reichten dafür schon 1,5 Millionen Unterstützer).

Die Hauptforderungen der EBI müssten lauten: Erstens, das Gewinnstreben auf die Realwirtschaft zurückzuverlagern – durch strikte Finanzregulation. Zweitens, die Systeme der sozialen Sicherheit massiv zu stärken. Drittens, die sozialpartnerschaftliche Lohnbildung durch europäische Tarifverträge zu koordinieren. Viertens, öffentliche Investitionen in Bildung, Umwelt und Infrastruktur erheblich auszuweiten. Und schließlich fünftens, diesen New Deal durch Beiträge aller Bürger und Unternehmen zu finanzieren entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage.

In der gegenwärtigen depressiven Situation muss der Staat der Realwirtschaft nachhaltige Impulse geben, gleichzeitig aber auch seine Finanzlage stabilisieren. Dafür gibt es nur einen Weg: Er muss den Einkommensstärksten, insbesondere den Besitzern großer Finanzvermögen, spürbare Konsolidierungsbeiträge abverlangen. Und zwar nicht primär aus sozialen, sondern schlicht aus ökonomischen Gründen: Die „Reichen“ reagieren auf (leichte) Einkommensverluste nicht mit einer Einschränkung ihres Konsums, sondern ihres Sparens (im Gegensatz zu den Beziehern von Sozialleistungen). Gleichzeitig müssen kurzfristig-spekulative Aktivitäten auf den Finanzmärkten belastet und langfristig-realwirtschaftliche Aktivitäten der Unternehmen gefördert werden. Mit diesen Mitteln kann eine expansive Gesamtstrategie für Europa finanziert werden, die Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Klimawandel „im Ganzen“ bekämpft.

Wenn daher eine EBI mit derartigen Zielen in allen 28 EU-Ländern zustande käme – durch ein breites Bündnis von kirchlichen Organisationen, Gewerkschaften, NGOs, Künstlern und Intellektuellen –, dann würden die Bürgerinnen und Bürger Europas endlich ein klares Signal gegen die Politik „ihrer“ Eliten senden – für ein solidarisches Europa und also auch für sich selbst.

Die Depression als Wendeschleuniger

Sollte dies nicht gelingen, würde vermutlich ein anderes Szenario eintreten: Spätestens in der absehbaren Depression werden die Eliten langsam von ihrer Austeritätspolitik abrücken und nach neuen „Notausgängen“ suchen – über die Zinsstabilisierung durch Draghis Euro-Rettungszusage hinaus. Schon jetzt besteht die EU-Kommission nicht mehr auf der Einhaltung des erst 2013 in Kraft getretenen Fiskalpakts. In der Depression wird man die Anwendung der Euroregeln schrittweise weiter modifizieren, etwa durch ein neues Schätzverfahren für das „strukturelle Defizit“ (dafür benötigt man auch keine Vertragsänderungen).

Die von Streeck und anderen propagierte Auflösung der Währungsunion ist dagegen keine Lösung. Im Gegenteil: Sie würde eine massive Vermögens-

schmelze verursachen. Da sich, wie oben beschrieben, das Kartenhaus an transnationalen Verbindlichkeiten nicht in die neuen bzw. alten Nationalwährungen transponieren lässt, wäre dessen Einsturz die zwingende Folge. Die am meisten getroffenen Länder würden – wie in den 1930er Jahren – Zuflucht in weiteren Abwertungswettläufen suchen, der resultierende Wirtschaftskrieg zwischen EU-Staaten triebe ganz Europa in eine mehrjährige Depression. Die daraus resultierende Vergeblichkeit aller Anstrengungen der Krisenländer würde eine Welle von Wut, Empörung und Hass gegen den „Zuchtmeister Deutschland“ auslösen, auch genährt von Erinnerungen an jene Zeit, in der Deutschland zuletzt nach Hegemonie in Europa strebte.

Kurzum: Obwohl ich im Befund über die verheerenden Folgen der neoliberalen Politik mit Wolfgang Streeck vollständig übereinstimme, komme ich zu diametral entgegengesetzten Schlussfolgerungen. Um Demokratie und sozialen Zusammenhalt in Europa zu stärken, bedarf es weder eine Abschaffung der Währungsunion noch einen institutionellen Totalumbau der EU zu einer Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion. Worauf es ankommt, sind „lediglich“ neue wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte, die unternehmerische Aktivitäten in der Realwirtschaft auf allen Ebenen besserstellen als die bisher praktizierte „Finanzalchemie“. Das bereits würde den Übergang von einem finanzkapitalistisch-neoliberalen zu einem realkapitalistisch-sozialen Europa ermöglichen. Damit geht es heute nicht um die irriige Alternative „mehr oder weniger Europa“, sondern allein um die Frage: Welches Europa wollen wir?

Kleiner Beitrag. Große Wirkung.



Anzeige

Fördern Sie die
Unabhängigkeit
der »Blätter« –
schon ab 10 Euro
im Monat

Mehr auf
www.blaetter.de

Der männliche Makel

Feminismus in Deutschland bedeutet im Jahr 2013: ein Sieg der Frauenfußball-nationalelf, 30 Prozent Frauen in Dax-Vorständen oder eine Nacktperformance vor einer Moschee. Was Feminismus im Jahr 2013 wirklich ist beziehungsweise sein sollte, erklären die Autorinnen von LITERATUR KONKRET.

Das Sonderheft zur Frankfurter Buchmesse widmet sich damit einem Thema, das von der Linken lange als Nebenwiderspruch abgetan wurde, und liefert eine kritische Bestandsaufnahme der Frauenbewegung.

Beiträge von Barbara Kirchner, Anja Röhl, Sonja Eismann, Kendra Briken, Sibylle Plogstedt u. v. a.; Interviews mit Ruth Klüger, Kavita Krishnan (All India Progressive Women's Association) und Reyhan Şahin aka Lady Bitch Ray



LITERATUR
KONKRET 2013
erscheint,
eingehftet im
Oktober-Heft
von konkret, am
27. September
am Kiosk.